

114

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Montag, den 16. April 1923.

Die Gedächtnisausstellung 1848 im Historischen Museum der Stadt Wien (I., Rathaus) ist wegen des andauernd regen Besuches bis Ende April verlängert worden. Sie ist wie bisher täglich mit Ausnahme des Montags bei freiem Eintritt geöffnet und zwar Dienstag bis Freitag und Sonntag von 9 - 1 Uhr, Samstag von 3 - 7 Uhr.

Die italienischen Fussballer beim Bürgermeister. Die Vertreter zum Fussballländerspiel Oesterreich gegen Italien in Wien weilende italienische Nationalmannschaft, die Repräsentanten der italienischen Sportverbände und der Presse wurden gestern in Gegenwart des Präsidenten d.ö. Fussballverbandes und anderer Vertreter des österreichischen Fussballsportes im Wiener Rathause vom Bürgermeister Reumann empfangen. Der Bürgermeister wies in seiner Ansprache unter anderem darauf hin, dass der italienische Verband der erste in den Ententeländern war, der unmittelbar nach dem Kriege die sportlichen Beziehungen mit Oesterreich aufgenommen und dadurch wirkungsvoll für die Versöhnung der beiden Völker demonstriert hat. Er gedachte der glänzenden Aufnahme, die unsere Sportleute im Jänner 1922 beim Länderkampfe in Mailand gefunden hatten. Bürgermeister Reumann betonte auch, dass die Wiener Bevölkerung es nicht vergessen habe, dass Italien das erste der feindlichen Länder war, welches sich in beispielgebender Weise der Wiener Kinder durch gastliche Aufnahme in zahlreichen Städten des schönen Landes angenommen hat. Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, dass das grosse Sportereignis dazu beitragen werde, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen zu festigen. Namens der italienischen Vereinigung sprach Präsident Baruffini den Dank der Italiener für den überaus freundlichen Empfang aus und übergab dem Bürgermeister für die Witwen- und Waisen der Stadt Wien einen Scheck auf 10 Millionen Kronen.

Bürgermeister Reumann überreichte den Gästen ein Album der Stadt Wien. Nach dem feierlichen Empfange wurde den Gästen das Rathaus gezeigt

Kredite für Kleingärtner. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen genehmigte heute nach einem Referat des GA. Hofbauer die bereits im städtischen Finanzausschuss beschlossenen Kredite im Gesamtbetrage von 250 Millionen Kronen zur Förderung des Kleingartenwesens. Die Summe wird zur Gewährung von Materialkrediten insbesondere solcher zur Herstellung von Wasserleitungen und Einzäunungen verwendet; die Kredite werden den Kleingartenvereinen unverzinslich in der Regel auf die Dauer eines Jahres gewährt. Ueber die Kreditansuchen entscheidet der Kleingartenausschuss des Gemeinderates. Die Durchführung der Kreditaktion erfolgt durch die Kleingartenstelle der Stadt Wien G.m.b.H.

Eine Gemeindegsubvention für den Volksbildungsverein. Der Wiener Volksbildungsverein hat im vergangenen Jahre trotz finanzieller Schwierigkeiten seine mustergültigen Volksbildungseinrichtungen aufrechtzuerhalten vermocht und in allen Zweigen seiner Anstalten eine starke Zunahme der Frequenz zu verzeichnen gehabt. Er beabsichtigt daher heuer seine Einrichtungen auszugestalten und plant insbesondere die Errichtung eines Zweighauses im X. Bezirk. Zu diesem Zwecke hat er sich an die Gemeinde mit dem Ansuchen um finanzielle Unterstützung gewendet. Der Finanzausschuss des Gemeinderates beschloss heute über Antrag des GR. Hiesig dem Ansuchen zu entsprechen und dem Volksbildungsverein eine Subvention von 20 Millionen Kronen zu widmen.

Das Wiener Investitionsprogramm und die produktive Arbeitslosenfürsorge.

Im städtischen Finanzausschuss erstattete heute Oberstadtbaurat Voit einen Bericht über die Verhandlungen der Gemeinde mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung wegen Gewährung von Beihilfen aus dem Titel der produktiven Arbeitslosenfürsorge zu den Arbeiten der Gemeinde Wien. Er teilte mit, dass die Gemeinde für die von Stadtbaumeister auszuführenden Arbeiten einen Zuschuss von 3.5 Milliarden Kronen unter der Bedingung erhalten solle, dass sie in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni die Leistung von 350.000 Arbeitstagen durch neuingestellte bisher arbeitslose Arbeiter nachweise. Für die Arbeiten der städtischen Unternehmungen wurde hingegen der Zuschuss mit bloss 500 Millionen Kronen gegen Nachweis von 50.000 Arbeitstagen bemessen, obwohl nach dem Umfang der geplanten Arbeiten mit einer weit höheren Leistung zu rechnen ist. Die gesamten Aufwendungen der Gemeinde für diese Arbeiten betragen bekanntlich 120 Milliarden Kronen.

Die Industrielle Bezirkskommission hat dabei den Standpunkt eingenommen, dass zwar eine Förderung von Erwerbsunternehmungen aus dem Titel der produktiven Arbeitslosenfürsorge nicht möglich sei, dass jedoch der Bau neuer Strassenbahnlinien sowie Mietinstallationen für Gas und elektrisches Licht nicht aus dem Gesichtspunkt der Erwerbswirtschaft zu betrachten seien, vielmehr lediglich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgenommen werden. Das Bundesministerium hat sich dieser Auffassung angeschlossen.

An den Bericht knüpfte sich eine längere Debatte. StR. Kunschak erklärte entschieden dagegen Stellung nehmen zu müssen, dass den städtischen Unternehmungen eine solche Zuwendung aus Bundesmitteln gegeben werde und bezeichnete dies als eine „Wurzerei“ des Bundes. StR. Breitner trat dieser Auffassung scharf entgegen. Es sei wohl der erste Fall, dass ein Wiener Gemeinderat eine Zuwendung der Bundesregierung, die dem Gesetz entsprechend gegeben werde, als unzulässig bekämpfe. Die Bundesregierung stehe der Gemeinde Wien leider ohnehin wenig freundlich gegenüber und auch die gegenständlichen Verhandlungen seien keineswegs leicht zu führen gewesen. Wenn man die 4 Milliarden, die der Bund schliesslich unter allerlei Bedingungen gewährt habe, mit der Summe von 120 Milliarden, die die Gemeinde aus eigenen Mitteln aufwendet, vergleiche, könne wohl von einer besonderen Freigebigkeit des Bundes nicht gesprochen werden. Umso verwunderlicher sei die Haltung der Minorität. StR. Kunschak möge den Mut zur Konsequenz haben und im Gemeinderat den Antrag stellen, dass die Gemeinde diese 500 Millionen zurückweisen solle; dann würde die Bevölkerung sehen, in welcher Weise die christlichsoziale Minorität die Interessen Wiens und der Arbeitslosen vertritt. In den anderen Bundesländern würde sich in einem solchen Falle sicherlich kein einseitige Oppositioneller finden; umso bedauerlicher sei es, dass dies in Wien geschieht, das den grössten Teil der Bundesmittel, nämlich der Steuern aufbringt. Diese Haltung sei unverkennbar der Ausdruck des Missbehagens der Opposition darüber, dass die Gemeindeverwaltung soviel an produktive Arbeitslosenfürsorge leiste.